

PRESSEMITTEILUNG

Regierung verschenkt Entlastungspotential beim EEG

Wie Verbraucher_innen bei den Ökostromkosten entlastet werden können ohne die Energiewende zu bremsen

Greenpeace hat heute eine Abschätzung über die Höhe der EEG-Umlage im kommenden Jahr veröffentlicht: Sie dürfte zunächst im Jahr 2014 von derzeit 5,3 auf 6,1 Cent pro Kilowattstunde steigen, in den darauf folgenden Jahren aber wieder sinken.

„Um die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher in Grenzen zu halten, ist es neben Energieeinsparungen vor allem wichtig dafür zu sorgen, dass sinkende Börsenstrompreise auch an die Stromkunden weiter gegeben werden. Nur dann kommen die Menschen auch in den Genuss der massiven Kostensenkungen immer günstiger werdender Erneuerbarer Energien,“ meint Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Um die EEG-Umlage nicht ausufern zu lassen, müsse zudem der Emissionshandel deutlich ambitionierter gestaltet werden. Von ca. 80 Euro externer Kosten beim Ausstoß einer Tonne CO₂ werden derzeit gerade einmal 3-4 Euro durch den Zertifikatspreis internalisiert. Das halte die Börsenstrompreise niedrig und führe somit paradoxer Weise zu einer höheren EEG-Umlage.

„Eine kurzfristiger umsetzbare Maßnahme zur Stabilisierung der EEG-Umlage ist die Reform der Industriebegünstigung“, so Ludewig. Durch eine angemessene Anpassung der aktuellen Privilegien der Industrie könne die EEG-Umlage laut einer aktuellen [Kurzstudie](#) des FÖS im Auftrag von Greenpeace schon im kommenden Jahr auf 4,5 Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden.

„Andere kurzfristige Änderungen des EEG hätten die kommende Steigerung der EEG-Umlage dagegen kaum verhindern können“, resümiert Uwe Nestle, FÖS-Vorstandsmitglied. Mittel- bis langfristig müssten sowohl innerhalb als auch außerhalb des EEG Reformen durchgeführt werden mit dem Ziel, die externen Kosten angemessen zu internalisieren und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Energieträger zu schaffen.

Von der erneuten kurzfristigen Steigerung sollten sich die politischen Akteure nach Einschätzung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) nicht verunsichern lassen. Denn nicht der Zubau von Wind-, Solar- oder Biomasseanlagen sei hauptsächlich für die Steigerung der Umlage verantwortlich, sondern der stark gefallene Strompreis an der Börse. Dadurch wird Strom auch aus bestehenden Wind-, Solar- und Biomasseanlagen vermeintlich teurer, was die EEG-Umlage nach oben treibt. Selbst ein Ausbaustopp hätte daran nichts ändern können.

Für längerfristige Kostensteigerungen bei der EEG-Umlage seien neben den genannten Nebeneffekten wie sinkendem Börsenstrompreis und massiven Begünstigungen der Industrie weder Windenergie an Land, noch Wasserkraft und bald auch nicht mehr die Photovoltaik verantwortlich. Die Anfangsvergütung beispielsweise für Windenergieanlagen an Land, die in diesem Jahr in Betrieb gehen, liege bei knapp 9,5 Cent/kWh. Die Vergütungen für Biogasanlagen, Wind-Offshore und Geothermie sind dagegen deutlich höher. „Wer gerade die günstigeren Erneuerbaren Energien bremsen will macht die Energiewende teurer und untergräbt somit deren gesellschaftliche Akzeptanz“, so Nestle.

Vor diesem Hintergrund solle auch die kommende EEG-Novelle auf einer guten wissenschaftlichen Analyse aufbauen und mit viel Sorgfalt vorbereitet werden. Nur so könne die notwendige politische Unterstützung gesichert und die Energiewende erfolgreich vorangebracht werden.

Kontakt: Uwe Nestle, Mitglied des Vorstandes, 01520 81 77 456

Weitere Informationen:

Greenpeace (2013): Presseerklärung: [Strompreise für Privathaushalte können 2014 sinken](#).

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2013a): [Reform der Begünstigung der Industrie bei der EEG-Umlage](#). Aktualisierung der Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace von 10/2012.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2013b): [Reform der Stromsteuer zur besseren Internalisierung externer Kosten](#). Aktualisierung der Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace von 10/2012.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2012): [Was Strom wirklich kostet. Studie im Auftrag von Greenpeace Energy](#)